

Debatte zum Positionspapier des Wissenschaftlichen Beirats von Attac zu Griechenland

Winfried Wolf

Die Erklärung des wissenschaftlichen Beirats hat zu unterschiedlichen Reaktionen geführt. Neben allgemeiner Zustimmung – siehe Uli Brand und Peter Strotmann – gab es einen konstruktiv-kritischen Beitrag von Niels Katritzke. Ingo Schmidt scheint dem teilweise zuzustimmen. Elmar Altvater findet an Niels' Äußerungen einiges "bedenkenswert". Norman Paech hat wiederum die Erklärung hinsichtlich des Aspekts Reparationen verteidigt. Thomas Sauer hat in ungewöhnlich scharfer Form das Papier kritisiert und bewusst seinen Charakter fehlinterpretiert.

Da ich – nach einem vorausgegangenen längeren individuellen Beitrag zu Griechenland (siehe www.lunapark21.net) – den ersten Entwurf des Textes schrieb und das gute halbe Dutzend Änderungsvorschläge – darunter solche von Elmar Altvater zur erforderlichen Kritik am IWF, von Rudolf Hickel und zwei anderen zur deutlichen Nennung von Verantwortlichen in Griechenland selbst – einarbeitete und die Endfassung erstellte, scheint es mir sinnvoll, selbst in die Debatte einzugreifen.

Vorab aber sei festgestellt: Der Text kam entsprechend den im Beirat verabredeten Kriterien zur Legitimierung einer Erklärung des Beirats zustande. Es gab eine im Vergleich zu vorausgegangenen Texten breite Debatte dazu (mit neun oder zehn Antworten aus dem Beirats-Kreis). Sauer hat den ersten Entwurf nur mit "Damit machen wir uns lächerlich" kommentiert. Er ging mit keinem Wort auf die Inhalte ein. Vor allem kritisierte er mit keinem Wort das gewählte Verfahren. Es gab kein Diktat einer "48-Stunden-Einspruchsfrist", wie Sauer in einer zweiten Rundmail vom 18.5. behauptet. Vielmehr machte ich einen Verfahrens-VORSCHLAG. Wörtlich mailte ich am 4.5. vormittags rund:

"Da in dieser Woche die politische Agenda vom Thema Griechenland bestimmt wird und da am kommenden Freitag im Bundestag das Gesetz zur Griechenlandhilfe, rund 25 Mrd. Euro an Kreditbürgschaften, verabschiedet werden soll, würde ich ein Vorgehen wie folgt vorschlagen:

- Änderungswünsche an mich bis zum kommenden Donnerstag, dem 6. Mai, 16 Uhr
- ich versuche, am selben Abend bzw. in der Nacht solche Änderungen, wenn diese überschaubar sind und wenn es keine grundsätzlichen Bedenken etc. gibt, einzuarbeiten
- die Erklärung könnte dann bis Freitag Mittag an die Presse und an andere Medien gehen.

Wir hätten dann eine gewisse Chance, dass das eine und andere Medium dazu am Wochenende etwas bringt.

Wenn es grundsätzliche Bedenken gegen diesen Schweinsgalopp gibt, dann bitte ich dies mir zu signalisieren. Ich will niemanden überrollen. Notfalls müssen wir uns dann ein anderes Verfahren überlegen. Oder das Projekt erledigt sich und ich verwende den Text in anderer Weise."

Es ist schlicht unseriös, wenn Kollege Sauer jetzt das "Zustandekommen des Papiers" kritisiert, den Umstand "mitten in einer Arbeitswoche" usw. anführt. Hätte der Kollege Sauer – oder jemand anderes aus dem Beirat - nur die Worte "bitte drei Tage mehr" gemailt, hätte ich ihm und auch mir diese drei Tage gerne gönnt.

Ich habe in den letzten drei oder vier Jahren ein paar Erklärungen des Beirats initiiert und über die Rundmail-Hürden hin zur Veröffentlichung bringen können. Man muss da immer einen ziemlichen

Aufwand betreiben – zumal so mitten in einer Arbeitswoche. Grundsätzlich macht es auch Spaß und kann fruchtbar sein, die Änderungsvorschläge einzuarbeiten und Debattenbeiträge zu berücksichtigen.

Im Übrigen lag es mir fern, beim Thema Griechenland in diesem Sinn aktiv zu werden. Eine Rundmail von Peter Wahl mit einem deutlich anders akzentuierten Text zu Griechenland und eine individuelle Antwort von mir auf diese Rundmail führte dazu, dass Mohssen Massarrat, Stefan Thimmel und Andreas Fisahn mich aufforderten, den Entwurf für eine Stellungnahme des Beirats zu schreiben. Voilà. Jetzt stecke ich in einer ziemlich zeitraubenden Debatte. Auch die macht Spaß und ist auch für mich mit Erkenntniswert verbunden. Zumal ich insbesondere den Beitrag von Niels ausgesprochen konstruktiv und wichtig finde. Es wäre allerdings nett, wenn sich alle bald wieder mit Normaltemperatur bewegen und vor allem debattieren würden.

Charakter des Textes

Es handelt sich um den Text einer *deutschen* Gruppierung. Dieser richtet sich primär an die *deutsche* Öffentlichkeit. Das scheint mir außerordentlich wichtig zu sein. Wenn ich ein linker Grieche wäre, dann würde ich im Duktus anders schreiben. Natürlich nicht hinsichtlich der Fakten; die stellen sich in Athen und Berlin oder Nikosia identisch dar. Aber hinsichtlich der Gewichtung, der Tonart usw. Und natürlich würde ich dann die Mitverantwortlichen in Griechenland selbst stärker in den Focus rücken.

Nehmen wir das in Niels Beitrag im Zentrum stehende Thema Klientelstaat und Korrumpierung. Erklärungen, in denen die innergriechische Korruption, die "parasitäre Dimension des Klientelstaats", die Aussage, dass es in Griechenland "viel zu viele öffentliche Bedienstete" geben würde, gibt es in unserem Lande genug. Einmal abgesehen davon, dass einiges davon faktisch einfach zu hinterfragen ist – dazu komme ich noch – finde ich es für eine solche Erklärung einer deutschen Gruppierung weit wichtiger, auf den *spezifischen deutschen Beitrag zur Korrumpierung der griechischen Gesellschaft* zu verweisen.

Man möge sich nochmals vor Augen halten: Siemens "investierte" ein Jahrzehnt lang pro Jahr 15 Millionen Euro an Schmiergeldern in Griechenland. Das ist gerichtsfest dokumentiert. Wenn wir nur diese Zahl nehmen – und die nicht so exakt belegbaren Schmiergeld-Zahlungen anderer deutschen Unternehmen wie MAN-Ferrostaal oder Deutsche Bahn außer acht lassen, dann lautete ein Vergleich wie folgt: Der griechische Telekom-Konzern OTE müsste (vor der Übernahme durch Siemens, was ja auch mit Schmiergeld erkaufte wurde) in Deutschland *jährlich* gut 100 Millionen Euro an Schmiergelder einsetzen. Das liegt dann fast auf dem Niveau dessen, was K. F. Flick in den 1980er Jahren "zur Pflege der deutschen Landschaft" investierte und womit er sich richtig fette politische Entscheidungen kaufte. Damals veröffentlichte die westdeutsche Linke Artikel und Bücher über die "gekaufte Republik". Mit anderen Worten: Es spricht einiges dafür, dass einige deutsche große Konzerne – und ähnliches gilt für französische, vor allem für französische Rüstungsunternehmen – sich einen Großteil der griechischen Entscheidungsträger gekauft haben.

In der aktuellen Griechenland-Debatte ist in Deutschland das Thema Siemens aber kein Thema. Im gestrigen Handelsblatt (18.5.) gab es ein vierseitiges Interview mit G. Papandreou. Der griechische Ministerpräsident kam dabei in einer Zeile auch auf Siemens zu sprechen. Doch der Handelsblatt-Chefredakteur, der das Interview führte, mied es peinlich, darauf einzugehen.

Stattdessen finden sich pro Woche Dutzende Artikel und andere Medien-Berichte über eine *innergriechische* Fakelaki-Wirtschaft.

Klientelstaat; Poulantzas

Ja, man hätte zwei Zeilen einbauen und möglicherweise auch den Begriff des Klientelstaats – oder der Vetternwirtschaft - erwähnen können. Das wäre eine sinnvolle *Ergänzung* des Textes gewesen. Ich hätte damit aber nicht den Duktus und nicht die Gewichtung ändern wollen. Und ich stimme nicht zu, dass es der Klientelstaat sei, der *in erster Linie* die Krise in Griechenland verursacht hat.

Genauer gesagt: Ich glaube, dass damit Henne und Ei verwechselt werden. Griechenland ist ein seit 1830 strukturell von den europäischen Großmächten (und kurze Zeit auch von den USA) abhängig gehaltenes Land; diese strukturelle Abhängigkeit wurde mit der EU und mit dem Euro verstärkt. Als *Resultat* dieser mehr als hundert Jahre währenden Abhängigkeit hat sich dieser Klientelismus herausgebildet.

Wahrscheinlich kann man das in einer solchen Erklärung auch knapp darlegen. Allerdings verweise ich darauf, dass der Text nach außen gerichtet ist. Größere theoretische Abhandlungen, gar noch ein Verweis auf Poulantzas (wie dies Ingo vorzuschlagen scheint), scheinen mir da doch fehl am Platz.

Öffentlicher Sektor

Niels K. schreibt, es gäbe in Griechenland "viel zu viele öffentliche Bedienstete, die das Personalbudget belasten", eine "Art Wasserkopf", "überflüssige Leute" (im öffentlichen Dienst), ja, es gäbe in diesem Land "einen Staat, der weit mehr öffentliche Bedienstete hat, als er *sinnvoll beschäftigen kann*" (im letzten Zitat: hervorgehoben von mir).

Diese Argumentation lässt sich mit Fakten nicht erhärten. Der Anteil des öffentlichen Sektors am BIP schwankt in Griechenland zwischen 42 und 45 Prozent. Er liegt in Deutschland bei 45 Prozent – nachdem er mit der neoliberalen Politik der vergangenen 15 Jahre deutlich reduziert wurde.. In Frankreich sind es 52 Prozent. In Finnland liegt dieser Anteil bei 53 Prozent, in Dänemark bei 57 und in Schweden bei 59 Prozent.

Die im griechischen öffentlichen Sektor Beschäftigten machen rund 20 Prozent, nach einigen Angaben bis zu 23 Prozent der Erwerbstätigen aus. Das entspricht den französischen oder ungarischen Werten. Und das ist deutlich niedriger als die skandinavischen Werte: Norwegen: 33 Prozent, Schweden: 32 Prozent und Dänemark 31 Prozent.

Ich kann mir auch gut einen – weiterhin kapitalistischen – (Sozial-) Staat vorstellen, in dem 65 oder auch 70 Prozent des BIPs auf den öffentlichen Sektor entfallen und mehr als 40 Prozent der Beschäftigten für den öffentlichen Dienst arbeiten.

Die GEW hat hierzulande immer wieder vorgerechnet, dass eine Übertragung der dänischen oder finnischen Standards in den Bereichen Kindergärten, Schulen und Hochschulen auf BRD-Verhältnisse bedeuten würde, dass wir in diesem Land rund 1,5 Millionen Menschen mehr im ÖD beschäftigen müssten.

Ich suche, wenn die Debatte andauert, gerne noch die exakten Strukturdaten zu Griechenland heraus. Ich sage aber bereits jetzt einigermaßen ungeschützt: Eine Übertragung solcher skandinavischer Strukturdaten auf Griechenland würde heißen, dass anstelle der aktuell rund 900.000 Menschen dort deutlich mehr als 1,1 Millionen Menschen im öffentlichen Sektor Beschäftigung finden müssten.

Ich bezweifle dabei in keiner Weise, dass die *Qualität* der Arbeit im griechischen öffentlichen Dienst so ist, wie sie Niels beschreibt. Dass es zu viele Jobs *in unsinnigen ÖD-Bereichen* gibt, kann ich mir auch vorstellen. Und dass die jeweils an der Regierung befindliche Partei zu Tausenden ihre Leute in den öffentlichen Dienst schleust, ist absolut kritikwürdig.

Angesichts der genannten Daten müsste man für den griechischen öffentlichen Sektor wohl eine Neustrukturierung und größere Umbesetzungen (ggfs. mit Umschulungen) fordern. Das könnte m. E. eine sinnvolle Erweiterung oder Ergänzung des Attac-Beirat-Papiers sein. Abzulehnen ist meines Erachtens jedoch, den Chor derjenigen zu verstärken, die den griechischen öffentlichen Sektor pauschal als "parasitär" und "überdimensioniert" bezeichnen. Es gibt auch kein überzeugendes Argument dafür, dass ein Land wie Griechenland sich einen Anteil von rund 45 Prozent des BIPs für den öffentlichen Sektor "nicht leisten" kann.

Haushaltsdefizit und öffentliche Schulden

Ohne Zweifel ist das griechische Defizit hoch. Die Verdopplung dieses Defizits 2009 geht aber kaum primär auf eine Ausweitung des öffentlichen Sektors und das Nachlassen der Bemühungen, Steuern einzutreiben, zurück. 2009 war eben das entscheidende zweite Krisenjahr, in dem diese Krise sich voll auf die öffentlichen Finanzen auswirkte. Und in diesem Umfeld schnitt Griechenland eher gut ab. Im EU-Durchschnitt gab es 2009 *eine Verdreifachung* des Defizits.

Das *jährliche* Defizit ist im Übrigen eine deutlich konjunkturelle Statistik. Aussagekräftiger ist der Anteil aller öffentlichen Schulden am BIP und dies für den gesamte Zeitraum der Krise gerechnet. Da sehen die Zahlen wie folgt aus:

Der Anstieg der Staatsschuldenquote als Anteil am BIP betrug im Zeitraum 2007 bis 2010
in Irland: plus 53 %
in Großbritannien: 36,2 %
in den USA: 30,6 %
in Japan: 30,1 %
in Frankreich: 22,6 %
in Griechenland: 19,4 %.
und im OECD-Durchschnitt: 24,3 %.

Angaben: OECD; FTD vom 12.2.2010.

Insgesamt lagen die griechischen Schulden als Anteil am BIP seit dem Jahr 2000 und bis 2008 in der Höhe von 100 Prozent. Sie sanken (nach den neuen EU-Angaben) bis 2007 auf 95 Prozent, um dann – in starkem Maß krisenbedingt – neu auf nunmehr rund 115 Prozent anzusteigen. Ähnlich stiegen sie aber auch in Italien, das 2010 ziemlich exakt gleichauf mit Griechenland, auch deutlich über 100 Prozent, liegt. Und sie liegen in Japan mit rund 200 Prozent bei fast dem doppelten Wert.

Der Anstieg der staatlichen Ausgaben, den es 2009 in vielen Ländern gegeben hat, ist ja nur die eine Seite. Dieser Aspekt war natürlich zu beeinflussen – und eine starke Erhöhung der öffentlichen Beschäftigtenzahl, die es hier laut Niels in Griechenland gegeben habe, ist hier natürlich relevant. Doch die wesentliche Steigerung der Defizite und der Schuldenquote kommt doch wegen des *Rückgangs des BIPs* im Jahr 2009 zustande, weil sich dann höhere staatliche Ausgaben auf ein deutlich schrumpfendes BIP beziehen. Und dieser Faktor war nun nicht wirklich beeinflussbar – weder in einer funktionierenden bürgerlichen Demokratie, noch in einem Klientelstaat.

All diese Zahlen und Fakten besagen: Das Problem ist weniger die konkrete Höhe des jährlichen Defizits oder die Höhe der akkumulierten Schulden. Es ist u. a. der *Charakter dieser Schulden*. Und der Ort, wo die Besitzer der Schuldentitel hausen. Während beispielsweise Japan, wie erwähnt, doppelt so stark verschuldet ist wie Griechenland, liegt dort der größte Teil der Schulden bei *inländischen* Gläubigern. In Griechenland hingegen mit seiner halb so hohen Verschuldung sind die Gläubiger überwiegend *ausländische* Banken.

Auch hier ist es primär der *Status eines abhängigen Landes*, der die griechische Krise charakterisiert und der dazu führte, dass dieses Land von den internationalen Gläubigern abhängig wurde und derart gebeutelnd wird.

Steuern

Völlig einverstanden bin ich mit Niels, dass die Steuereinnahmen zu gering und dass vor allem die Besteuerung der Reichen und Vermögenden lächerlich niedrig ist. Das zu ändern wird ja in der Beirats-Erklärung auch gefordert. Erwähnt werden sollte aber auch, dass die griechischen Regierungen, vor allem die von Karamanlis, die Besteuerung dieser Klientel deutlich senkte und

dass sie damit einem internationalen Trend folgte bzw. dass damit EU-Empfehlungen umgesetzt wurden.

Die Reduktion der nominellen und vor allem der tatsächlichen Besteuerung erfolgte auch unter dem Druck eines Steuersenkungs-Wettlaufs, den die EU mit den Abkommen von Maastricht und Lissabon inspirierte. Die EU ließ insbesondere seit der "Osterweiterung" einen Steuersenkungs-Wettlauf zu, der gerade in ökonomisch schwachen Ländern Blüten trieb – siehe die Flattax-Offensive der Slowakei.

Das Sparpaket, das IWF und EU diktierten, sieht dann – soweit ich das erkennen kann - auch keine relevante Erhöhung der steuerlichen Belastungen der Reichen und der großen Unternehmen vor.

Euro, Eurozone und EU-Gelder

Die These von Niels K., wonach Griechenland ohne den Euro "viel schlechter dastehen" würde, ist gewagt. Man kann das Gegenteil natürlich nicht belegen. Es gibt aber einige interessante Indizien, auf Grund derer die zitierte Behauptung in Frage gestellt werden kann. Sicher ist

- die ökonomischen Grunddaten Griechenlands haben sich bis zur Einführung des Euros (2000) deutlich verbessert. Sie haben sich in den zehn Jahren mit Euro-Existenz zumindest nicht relevant verbessert. Spätestens jetzt droht für den Eurozonen-Staat Griechenland und als Teil der Euro-Krise ein radikaler Schnitt, ein Rückgang der realen Einkommen um bis zu 30 Prozent.
- Europäische Länder, die an der eigenen Währung festhielten (Dänemark, Schweden, Großbritannien, Norwegen, Schweiz), haben zumindest keine schlechtere Gesamtbilanz als solche, die den Euro einführten. Insgesamt würde ich behaupten, dass die Bilanz eher eine bessere ist.
- Vergleicht man vergleichbare Länder mit und ohne Euro-Einführung, so wird diese Grundaussage nochmals unterstrichen. Dänemark und Schweden schnitten im Vergleich zu Finnland gut ab. Großbritannien schneidet im Vergleich zu Frankreich gut ab. Die Schweiz schneidet im Vergleich zu Österreich sehr gut ab.

Auf alle Fälle stimmt: Vor Einführung der Einheitswährung Euro haben die schwachen Eurozonen-Länder regelmäßig ihre Währung abgewertet, um einigermaßen konkurrenzfähig zu bleiben. In der Attac-Erklärung führten wir dazu die Drachme an, die im Zeitraum 1979-1993 gegenüber der DM um 86 Prozent abgewertet wurde. Die Drachme war damit zwar Rekordhalter – eben weil Griechenland in der alten EU der 15 Mitgliedstaaten das Land mit den größten Strukturschwächen und dem höchsten Abhängigkeitsgrad war. Doch die Abwertungen anderer EU-Länder waren nicht grundsätzlich anderer Art. Im gleichen Zeitraum wurde der portugiesische Escudo um 75 Prozent, die spanische Peseta um 55 Prozent und die italienische Lira um 52 Prozent abgewertet.

Es ist unernst zu behaupten, dass diese über ein knappes halbes Jahrhundert hinweg stattfindenden Abwertungsprozesse aller Länder, die heute als PIIGS-Staaten (ab-) qualifiziert werden, nicht wirklich relevant waren und dass das Aneinanderketten dieser extrem unterschiedlichen Länder in einer Währungsunion nicht drastische negative Auswirkungen für die schwächeren Länder haben musste – unterstellt, dass es keinen Ausgleichsmechanismus gab.

Und es gab und gibt keinen wirklichen Ausgleichs- und Angleichungs-Mechanismus. Die EU-Gelder, die über unterschiedliche Fonds in schwächere EU-Länder transferiert werden, wären im Einzelnen zu untersuchen. Die pauschale Behauptung von Niels K., diese hätten "sehr wohl zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verwendet werden können", erscheint mir verkürzt. Die – durchaus hohen – EU-Ausgleichsgelder waren und sind überwiegend *zweckgebunden*. Und die spezifische Struktur, wie diese Gelder einzusetzen waren, diente in erheblichem Maß den Interessen der großen Eurozonen-Exportnationen. Gelder für Straßenbau beispielsweise mögen vor Ort auch

Verbesserungen bewirkt haben. Sie ermöglichten jedoch vor allem den sagenhaften Anstieg der griechischen Pkw-Dichte von 207 Pkw auf 1000 Einwohner im Jahr 1995 auf 420 Pkw auf 1000 Einwohner im Jahr 2008. Davon profitierten kein griechischer Autokonzern und kein griechischer Ölmulti – das schlug sich so gut wie ausschließlich in Umsatzsteigerungen und Gewinnen der deutschen, französischen und italienischen Autokonzerne und französischer, italienischer, britischer und US-amerikanischer Ölmultis nieder.

Wie die EU-Subventionen auf dem Gebiet der Landwirtschaft mit Blick auf die griechische Ökonomie zu bewerten sind, dürfte Niels besser als ich wissen. Sicher ist: Der Selbstversorgungsgrad Griechenlands wurde bei fast allen in der EU-Statistik aufgeführten Nahrungsmitteln deutlich abgebaut. Auch das liegt in der Logik der führenden EU-Länder und der EU-Agrarlobby.

Als Griechenland 1981 der EU, damals noch Europäische Gemeinschaft (EG) genannt, beitrug, erwirtschaftete das Land noch Überschüsse: Es wurden mehr Waren und Dienstleistungen exportiert als importiert. Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Leistungsbilanz defizitär. 2009 lag das Defizit der Leistungsbilanz bei zehn Prozent des griechischen BIP. Klaus Dräger bilanziert in einer umfangreichen Analyse: "Griechenlands Leistungsbilanz drehte vor allem nach dem Beitritt zur Euro-Zone im Jahr 2001 immer rascher ins Minus." (Siehe: Dräger, Mitfühlender Sozialabbau, in: junge Welt vom 7. April 2010). Dabei kann der Anstieg des Leistungs- und Handelsbilanzdefizits nicht allein darauf zurückgeführt werden, dass die griechische Wirtschaft ihre Konkurrenzfähigkeit eingebüßt hätte. Die Feststellung von Niels, Griechenland könne "gar nix mehr für den Export produzieren", verwundert. Die "Financial Times Deutschland" veröffentlichte eine aktuelle Statistik, wonach der griechische Export von Waren und Dienstleistungen seit 1993 in realen Werten um 150 Prozent stieg – wobei diese Entwicklung weitgehend parallel mit dem Anstieg der deutschen Exporte verlief. Dazu heißt es dort: "Nun stiegen die Lohnstückkosten in Griechenland auch nicht schneller als in den USA, wo das Plus historisch eher moderat blieb. Sonst wären Griechenlands Exporte seit 1993 sicher nicht um real 150 Prozent gestiegen. Und die Zahl der Jobs wäre von 1998 bis 2007 nicht jedes Jahr um 1,3 Prozent gestiegen – bei angeblich überbezahlten Arbeitskräften. (...) Wenn die Griechen trotzdem ein Außenhandelsdefizit von mehr als zehn Prozent des BIP's erreichen, muss das noch andere Gründe haben. Mindestens ein Drittel des Verlustes der Wettbewerbsfähigkeit kommt daher, dass der Euro für griechische Exporteure um fast 15 Prozent teurer geworden ist (...) Je nach Schätzung sind europäische Waren allein wechselkursbedingt im Dollarraum um ein Drittel überbezahlte. (Anm. W.W.: Der Artikel wurde im Februar 2010 veröffentlicht! Weiter Zitat FTD:) "Zu einem negativen Saldo gehören immer zwei Seiten: zum Beispiel eine deutsche, deren Protagonisten jahrelang alles daran gesetzt haben, die eigene Wirtschaft durch Reform und Verzicht wettbewerbsfähiger als andere zu machen – und die sich jetzt wundern, dass die anderen nicht mehr wettbewerbsfähig sind und in Krisen stürzen." (FTD vom 5.2.2010).

Austritt aus der Eurozone?

Der Attac-Beirat-Text sagt nichts zur Frage eines Austritts aus der Eurozone. Diese Debatte erscheint mir aktuell eine abstrakte. Hier hat Sauer recht, wenn er argumentiert, die Erklärung würde dieses Thema nur andeuten.

Ich gehe zum einen davon aus, dass es bei diesem Thema im Beirat schlicht unterschiedliche Positionen gibt. Das gilt es zu respektieren. Und da muss so ein Text einen gewissen Spagat machen. Zum anderen gibt es gute Argumente zur Annahme, dass wir in Sachen Eurozone nach Ablauf von weiteren zwei bis drei Wochen klüger sind. Wir erleben aktuell eine Zerreißprobe der Eurozone. Und es war absehbar, dass eine große kapitalistische Krise den Euro existenziell

gefährden würde.¹

Unabhängig davon, wie man zur Frage Eurozone steht, finde ich die Position des Kollegen Sauer, wonach ein Europa ohne Euro einen Rückfall in einen "absurden europäischen Währungsnationalismus" darstellen würde, ausgesprochen narrow minded. Ich wüsste nicht, dass Attac Schweiz für eine EU-Mitgliedschaft oder gar für die Aufgabe des Schweizer Franken plädieren oder die Beibehaltung der eigenen Währung als "Währungsnationalismus" verstehen würde. Vergleichbares gilt für fortschrittliche Kräfte in Großbritannien, in Norwegen, Dänemark oder Schweden.

Sauer hat recht: Der Euro könnte funktionieren, wenn es zu einer Fiskalunion kommt und wenn das Haushaltsrecht als "Königsrecht" der nationalen Parlamente in Richtung Brüssel transferiert wird. Sauer hat hier recht – im Rahmen einer *rein kapitalistischen Logik*.

Ich persönlich – und dies hat nichts mit der Erklärung zu tun – lehne eine solche Entwicklung bereits deshalb ab, weil ich jede Art eines größeren kapitalistischen staatlichen Gebildes identifiziere mit einer uns – der globalisierungskritischen Bewegung, den Gewerkschaften, den Arbeitenden, den Erwerbslosen – gegenüber stehenden größeren Macht. Und weil mir davor graut, wenn es nach der niederländischen Hegemonieperiode, nach der britischen Hegemonieperiode und nach der US-amerikanischen Hegemonieperiode eine solche des EU-Kapitals geben sollte – weil diese naturgemäß erst aus Kriegen um die hegemoniale Position hervorgehen dürfte und weil diese zu ähnlichen Mitteln des Machterhalts greifen wird wie dies die vorausgegangenen Hegemonialmächte taten. Die EU-Verfassung hat ja diese Ziele bereits festgeschrieben – u.a. mit der Forderung nach ständiger Aufrüstung.

Doch weg von den individuellen Positionen des Winfried Wolf und hin zu denen, die in Attac gemeinsam vertretbar sein sollten. AKTUELL heißt doch jede Aufgabe des nationalen Haushaltsrechts und jede Konzentration des Fiskalrechts von einem Eurozonen-Gremium (es geht ja nicht einmal um die EU, sondern um die Eurozone als Teil der EU!), dass damit dieses "Königsrecht" wegwandert von formal bürgerlich-demokratisch strukturierten Parlamenten hin zu Strukturen, die man nicht einmal als aufgeklärt-monarchisch bezeichnen kann. Selbst das EU-Parlament – das ohnehin ein extrem kastriertes, demokratisch erheblich unzureichend legitimiertes Parlament ist – würde unter den gegebenen Bedingungen nicht über ein solches Eurozonen-Fiskalrecht beschließen. Dies wäre vielmehr eine EU-Kommission und hier wieder faktisch der Eurozonenteil der EU-Kommission.

Insofern sind die Proteste der FDP, der Grünen und der Linken gegen einen solchen Rechte-Transfer bereits aus rein demokratischer Sicht berechtigt. Wer hier – wie Sauer (dem erstaunlicherweise Sven Giegold "inhaltlich voll" zustimmt) - von einem "Vorwärts zur Schaffung einer effektiven Fiskal- und Sozialpolitik" blubbert, verleugnet schlicht den tatsächlichen Charakter der aktuell anstehenden Rechte- und Kompetenzverlagerung.

¹ „Die größte Gefahr für die ökonomische Basis der EU geht von der unterschiedlichen Entwicklung der Produktivkraft und der Wettbewerbsfähigkeit aus. Seit 1999, als erstmals die Wechselkurse im Vorfeld der Euroeinführung festgeschrieben wurden, und bis 2003 hat sich nach offiziellen Angaben der EZB die Wettbewerbsfähigkeit der BRD im Verhältnis zum Rest der Eurozone um 8,8 Prozent verbessert (...) Im direkten Vergleich der deutschen Wettbewerbsposition mit derjenigen der südlichen Mitgliedsländer in der Eurozone ist die Differenz noch größer. Beispielsweise erlitt Portugal gegenüber der BRD in dem relativ kurzen Zeitraum von 1999 bis 2003 einen Wettbewerbsverlust von 20 Prozent.. (...) Damit treten die Folgen ein, vor denen bei Einführung einer Einheitswährung ohne einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik gewarnt worden war. (...) die festen Wechselkurse (...) führen dazu, dass die Konkurrenzvorteile vor allem der deutschen Konzernen ohne Abmilderungen zum Tragen kommen und die Ökonomien des Südens in eine tiefe Krise geraten. 'Der Euro-Zone bricht der Süden weg', schlagzeilte die 'Financial Times Deutschland' Damit aber sind auch die Einheitswährung und die Funktionsfähigkeit der Europäischen Zentralbank existenziell gefährdet.“ Winfried Wolf, 'It's the economy, stupid!'; in: Konkret 6/2005.

Es geht aktuell um den Verlust von Souveränität durch Stärkung undemokratischer Strukturen, um einen Abbau von Demokratie, um die pure Durchsetzung der Interessen von Banken und Konzerne, die von Vertretern der ideellen Gesamtkapitalisten, der Regierungen, wahrgenommen werden würden.

Militärausgaben und Reparationen

Die Kritikpapiere sparten das Thema Rüstungsausgaben aus. Möglicherweise besteht hier Übereinstimmung. Im Artikel von Niels K. in der aktuellen „Le Monde Diplomatique“ zur Krise in Griechenland wird das Thema aber nicht angesprochen.

Ich finde diesen Aspekt zumindest aus deutscher und EU-Sicht mindestens so wichtig wie das Thema Klientelismus. Wenn ein kleines, relativ schwaches Land dauerhaft mehr als vier Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Rüstungsausgaben ausgibt, dann stellt dies einen gewaltigen belastenden Faktor dar. Und es ist die EU, die für diese Situation Mitverantwortung trägt – vor allem sind es deutsche und französische Rüstungskonzerne, die diese fortgesetzte Politik der Hochrüstung betreiben und an ihr verdienen.

Der Hinweis auf „noch ausstehende deutsche Okkupations-Entschädigungen“ stelle eine „Be- und Überlastung des Textes“ dar, meint Thomas Sauer. Niels K. kritisiert, das Forderungen nach Reparationsleistungen „mit einem Kreditprogramm vermischt“ würden.

Zur juristischen Seite hat sich Norman Paech in einer Antwort bereits geäußert. Das Thema ist höchst aktuell. Inwieweit die entsprechenden Forderungen juristisch durchgesetzt werden können, ist offen. Und es ist nicht zuletzt auch eine Frage des Öffentlich-Machens dieses Themas, mit dem die juristische Auseinandersetzung unterstützt wird.

Ich stimme zu: Man hätte diese Passage knapper halten können.² Darauf nicht einzugehen, halte ich jedoch für falsch. Ja, Niels: Es geht in erster Linie um die „moralische Dimension“. Und es ist vor dem Hintergrund des arroganten und erpresserischen Auftretens der deutschen Regierung zu sehen: Merkel, Schäuble, Westerwelle und „Bild“ fordern monatelang, Griechenland müsse „seine Hausaufgaben“ machen. Dabei haben die deutschen Regierungen sechs Jahrzehnte lang sich schlicht und trickreich geweigert, auf das Thema der Reparationen ernsthaft einzugehen.

Diktat.

Oder: Um was es wirklich geht

Kollege Sauer wittert „starken Tobak“ und unterstellt „Arroganz gegenüber dem griechischen Volk“, wenn es in der Erklärung heißt: „Der IWF und die EU haben für Griechenland ein Diktat beschlossen. Damit wird in Griechenland ein demokratischer Prozess als Reaktion auf die Krise unterbunden.“ Mit der Erklärung werde der „demokratisch gewählten PASOK-Regierung (...) die demokratische Legitimation für ihre Handlungen (abgesprochen)“.

Das ist dreist & demagogisch: Nirgendwo wird dieser Regierung eine demokratische Legitimation abgesprochen. Ja, es stimmt: Diese Regierung hat sehr früh offengelegt, wie es um das Land steht. Und sie hat bereits früh ein schmerzhaftes Sparprogramm vorgelegt (das man immanent kritisieren konnte, wie dies griechische Gewerkschaften taten, ohne dass diese damit die Legitimität der

² Dabei habe ich eine interessante Passage herausgelassen, wonach der Abtransport von rund 50.000 Jüdinnen und Juden aus Saloniki durch die griechische Staatsbahn unter Kontrolle der Reichsbahn erfolgte und dann die griechische Staatsbahn versuchte, 1,9 Millionen RM als Transportkosten aus dem Vermögen der ermordeten Jüdinnen und Juden zu kassieren. Hier schließt sich gewissermaßen – zufällig – ein Kreis, wenn jetzt Forderungen der Deutschen Bahn AG in Italien wegen der Massaker der Deutschen in Griechenland gepfändet werden.

Regierung in Frage stellten).

Doch die – ebenfalls "demokratisch legitimierten" Eurozonen-Regierungen ließen dann die Athener Regierung ein halbes Jahr – zwischen Dezember 2009 und Mai 2010 - am ausgestreckten Arm verhungern. Sie forderten ultimativ immer neue Sparprogramme und Kniefälle. Unsere "demokratisch legitimierte" Regierung kaprizierte sich dann auf den Tag der NRW-Landtagswahl, vor der es auf keinen Fall ein Griechenland-Hilfspaket geben sollte. All das trug erheblich zu der extrem verschärften Krise bei, die wir heute haben.

Das, was hier stattfand, war eine "Entmündigung" und war eine "Unterwerfung". So die Schlagzeilen in der "Financial Times Deutschland" (25.3.2010; 30.4.2010). Das Sparprogramm wird auch in Griechenland vom größten Teil der Bevölkerung so wahrgenommen – als Diktat. Das dürfte im übrigen auch für die PASOK-Regierung gelten, auch wenn diese, aus naheliegenden Gründen, dies nicht so formuliert.

Das "Handelsblatt" brachte bereits sehr früh (Ausgabe vom 25.1.2010) einen zweiseitigen Artikel zum Thema "Die wahren Ursachen der griechischen Tragödie". In diesem aufschlussreichen Beitrag wird die griechische Krise just so verortet, wie es das Attac-Beirats-Papier tut: Als Teil der weltweiten Krise und als deren Konkretisierung. Der Klientelismus, der zu große griechische öffentliche Sektor und eine innergriechische Korruption – all das taucht bei der Beschreibung der "wahren Ursachen" nicht auf. Stattdessen heißt es dort: "Das Kreditrisiko der Staaten ist durch die Bankenrettungsprogramme massiv gestiegen, das der Banken in etwa dem gleichen Ausmaß gesunken. Griechenland war davon nach Irland am stärksten betroffen (...) Die Risiken, die in den Bilanzen der privaten Banken schlummerten, wurden von den Staaten übernommen. Dies führte dazu, dass an den Finanzmärkten das Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen stark sank"

Wie das konkret läuft, erlebten wir erneut in den letzten Tagen. Da gab es die "Griechenland-Hilfe". Dann den gigantischen neuen Rettungsschirm für die Eurozone. Und die Erklärung der EZB, griechische Anleihen aufzukaufen.

Darauf verkaufte die Deutsche Bank ihre griechischen Staatsanleihen an die EZB. Kurz darauf erscheint Josef Ackermann in der ZDF-Sendung von Maybrit Illner. Dort verkündet dieser, dass Griechenland wohl doch Insolvenz anmelden und einen "hair cut" durchführen werde.

Allein diese performance dürfte mehr kosten als das aktuell gültige griechische Sparprogramm für das Jahr 2010.

Auch wir sollten diese tatsächlichen Ursachen der Krise – die gewaltigen, freigesetzten und von den Regierungen auch weiterhin geförderten Finanzmarkt-Kapitalien - und diesen entscheidenden Hintergrund – die weltweite Krise, die nun in ein neues Stadium gerät - ins Zentrum rücken.

Was wir mit der Erklärung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac taten.

18. Mai 2010